

AFGHANISTAN

Schüsse in der Nacht

Einhalb Jahre vor Ende des Kampfeinsatzes verschlechtert sich die Sicherheitslage. Die USA drohen mit Totalabzug. Die Glaubwürdigkeit der gesamten Mission steht in Frage.



Deutsches Hilfsprojekt Mädchenschule in Kabul: Rückführung unter Feuer

Die F-16-Jagdbomber donnern in Richtung der afghanischen Provinz Baghlan, es muss jetzt schnell gehen. Gerade hat sie der Notruf erreicht: Spezialkräfte der Bundeswehr sind bei einer gemeinsamen Operation mit afghanischen Sicherheitskräften im Distrikt Baghlan-e-Jadid in Schwierigkeiten geraten.

Es ist Samstag vor zwei Wochen, die afghanischen Sicherheitskräfte liefern sich schwere Gefechte mit den Taliban, die Situation droht außer Kontrolle zu geraten. Als die niederländischen Kampfbomber das Gebiet erreichen, lassen sie direkt über dem Areal zwei Bomben fallen.

Die Bilanz: zwei Tote auf Seiten der afghanischen Armee, fünf bei den Aufständischen, dazu mehrere Verletzte. Die Operation ist erst nach zwei Tagen beendet.

Wenn es nach der Bundeswehr gegangen wäre, hätte man das Scharmützel am liebsten geheim gehalten. Es gab keine Mitteilung, keine Informationen. Selbst in der vertraulichen „Unterrichtung des Parlaments“ vom vergangenen Freitag wurde der Abwurf der Bomben durch den Kampfjet verschwiegen. Bloß keine schlechten Nachrichten mehr.

Weniger als einhalb Jahre vor dem Ende des multinationalen Kampfeinsatzes

in Afghanistan droht die Mission politisch und militärisch zu scheitern. Obwohl sich die Sicherheitslage beständig verschlechtert, gelingt es dem Westen nicht, sich mit Präsident Hamid Karzai auf einen weiteren Verbleib von Sicherheitskräften nach Ende 2014 zu einigen. Es droht der Totalabzug.

Nach mehr als zehn Jahren Krieg und über 3300 toten alliierten Soldaten steht die Mission auf der Kippe. Der überstürzte US-Rückzug aus Vietnam war ein abschreckendes Beispiel dafür, wie die internationale Schutztruppe Isaf es nicht machen darf. Schlimmstenfalls kann es nun wieder so kommen, mittendrin die Bundeswehr.

Ohne die eigentlich bereits beschlossene Nachfolgemission „Resolute Support“ bliebe das fragile Land seinem Schicksal überlassen. Der Verbleib der Entwicklungsorganisationen stünde in den Sternen – und damit die Legitimation des gesamten Einsatzes: Alles, was bisher an Stabilität und gesellschaftlichem Fortschritt erreicht wurde, wäre preisgegeben. Die Versicherung, die in Berlin bisher wie ein Mantra wiederholt wird, würde sich als hohles Versprechen erweisen: „Wir lassen Afghanistan nicht im Stich.“

Seit US-Präsident Barack Obama dem afghanischen Präsidenten Hamid Karzai immer unmissverständlicher mit der „Null-Option“ droht, dem vollständigen Abzug der US-Streitkräfte vom Hindu-Kusch bis 2015, reibt man sich auch in Berlin erschrocken die Augen. Damit wären alle Pläne für ein stabiles Afghanistan dahin. Die Bundeswehr müsste ebenfalls komplett umplanen.

Noch im April hatte Verteidigungsminister Thomas de Maizière in Aussicht gestellt, dass bis zu 800 Bundeswehrsoldaten auch nach Ende 2014 im Rahmen einer internationalen Ausbildungsmission im Land bleiben. Aber ein Engagement ohne die Vereinigten Staaten ist nicht denkbar. „Wenn die Amerikaner abziehen, wird es keinerlei deutsche Beteiligung geben können“, sagt der Grünen-Verteidigungspolitiker Omid Nouripour zum Bundeswehreinsatz. Die Null-Option müsse „stärker ins Auge gefasst werden“, fürchtet auch seine Parteikollegin Katja Keul.

Unterdessen wird die Sicherheitslage immer kritischer. Statt der erhofften Stabilisierung erreichen das Hauptquartier der internationalen Schutztruppe Isaf in Kabul fast täglich neue Schreckensmeldungen von toten und verwundeten Soldaten. War die Anzahl der Zwischenfälle 2012 noch rückläufig, ist sie seit Beginn des Jahres rapide nach oben geschneit.

„Die Sicherheitslage hat sich mit Beginn der Frühjahrsoffensive in einigen der bekannt problematischen Regionen des Nordens deutlich spürbar verschlechtert“,

THOMAS KOEHLER/PHOTOTHEK.NET

heißt es in einem internen Kabelbericht des Generalkonsulats in Masar-i-Scharif vom 11. Juli. Vergangenen Montag wurde bekannt, dass allein in den letzten vier Monaten 2748 Polizisten von den Taliban getötet wurden.

Wie gefährlich die Lage neuerdings auch für die zivilen Aufbauhelfer ist, zeigte sich am 11. Mai. Mitten in der Nacht wurde Mohammad Hafiz, 35, von Schussalven in seinem Camp im Dorf Shakh Moghlan in Nordafghanistan aus dem Schlaf gerissen, der Mitarbeiter einer Kabuler Straßenbaufirma und seine Kollegen fürchteten um ihr Leben.

„Die Taliban, es waren um die 20 Mann, attackierten das Camp von allen Seiten. Sie schossen Raketen ab, nur mit Glück konnten wir flüchten“, erinnert sich der Ingenieur an die Nacht.

Als die afghanische Polizei Stunden später eintraf, konnte sie nur noch die Toten zählen. Zwei Ingenieure und ein Arbeiter lagen leblos auf dem Boden. Die afghanische Firma, die im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) eine 24 Kilometer lange Straße teeren sollte, reagierte sofort. Nach dem Tod seiner Männer, befand der Chef, wolle er nicht länger für das deutsche Projekt arbeiten. Es sei einfach zu gefährlich.

Im deutschen Einsatzgebiet im Norden des Landes bereiten derartige Vorfälle erhebliche Sorgen. Im Kabelbericht des Generalkonsulats klagen die Diplomaten, dass durch den beginnenden Abzug des Bundeswehkontingents ein Sicherheitsvakuum entstanden sei, in das die Taliban vorstießen.

Ziel der Angriffe sind die afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF), die seit sechs Wochen offiziell für den Schutz der Bevölkerung zuständig sind. „Die Zahl der Anschläge auf ANSF-Kräfte und Zivilisten hat vor dem Hintergrund des Abschlusses des Transitionsprozesses stark zugenommen“, heißt es in dem Drahtbericht. Die Taliban fühlten sich in den Provinzen, aus denen die internationalen Truppen abziehen, „freier“, vor allem

weil kaum mehr nächtliche Razzien stattfänden.

Das habe gravierende Auswirkungen auf die Hilfsprojekte, warnt das deutsche Generalkonsulat. Die Regierungsbeamten sehen sogar die Legitimation des Afghanistan-Einsatzes in Gefahr.

Sie fürchten, die „Hauptbotschaft“ des Einsatzes könne nicht mehr glaubhaft vermittelt werden: dass Deutschland mit ziviler Aufbauhilfe „unabhängig vom Ende von Isaf“ dauerhaft engagiert bleibe.

Auch im Verteidigungsministerium schwant den Fachleuten, dass der ohnehin in der Bevölkerung seit langem unbeliebte Einsatz mit anhaltenden Negativmeldungen ein PR-Desaster zu werden droht.

Deshalb haben die Strategen im Berliner Bendlerblock eine neue Kommunikationsstrategie beschlossen: Schlechte

Als die afghanische Polizei eintraf, konnte sie nur noch die Toten zählen.

Nachrichten werden ignoriert, die Tabellen über steigende Anschlagzahlen ins Reich der statistischen Ungenauigkeiten verbannt.

Seit die Bundeswehr nur noch selten zu Einsätzen ausrücke, könne man den Zahlen, die von den Afghanen geliefert werden, kaum noch trauen, heißt es. Fortan gelte es, neue Definitionen für die Sicherheitslage zu finden, die sich nicht mehr ausschließlich an den vorhandenen Zahlen orientieren dürften. Was nicht passt, wird passend gemacht.

Momentan herrscht in Berlin vor allem Unsicherheit. Das Hauptproblem ist, dass nicht feststeht, ob und wie viele amerikanische Soldaten nach 2014 im Land bleiben werden. Ohne eine verlässliche Zahl können die Militärs im Nato-Hauptquartier keinen Einsatz vernünftiger planen.

Ursprünglich wollte Washington auch weiterhin etwa zehntausend GIs in Afghanistan stationieren. Doch bislang weigert sich der afghanische Präsident Karzai, einem bilateralen Sicherheitsabkommen zuzustimmen, das die Amerikaner zur Bedingung für ihre zukünftige Militärpräsenz gemacht haben. Auch fehlt weiterhin eine offizielle Einladung an die internationalen Partner, nach 2014 im Land zu bleiben. Zudem drängen die Alliierten, allen voran Deutschland, darauf, dass die Isaf-Nachfolgekommission den Segen des Uno-Sicherheitsrats erhält. Karzai sperrt sich allerdings gegen ein Uno-Mandat – er sieht darin eine Einschränkung der afghanischen Souveränität.

Das Abkommen mit den USA ist in seinen Grundzügen lange ausgearbeitet, Karzai aber kam in den vergangenen Monaten ständig mit neuen Forderungen. Ging es zunächst um die Zusicherung von Immunität für die US-Soldaten in Afghanistan, eine Kernforderung der Amerikaner, äußerte der Afghane plötzlich den Wunsch, der Vertrag solle auch eine Art Sicherheitsgarantie für sein Land im Fall von Angriffen von außen enthalten. Aus seinem Umfeld heißt es zudem, dass Karzai von den USA vor seiner Unterschrift die genaue Stärke der US-Kontingente für die Zeit nach der Nato-Mission erfahren wolle. Eine solche Zusage aber mag Washington nicht abgeben.

Die Unsicherheit hat erhebliche Auswirkungen auf die dringend notwendige internationale Aufbauarbeit. Bisher hatten sich die deutschen Entwicklungshelfer, derzeit sind es in Nordafghanistan etwa 110, bei der Sicherheit stets auf die Bundeswehr oder andere Isaf-Nationen verlassen. Im Notfall konnte man Hubschrauber zur Evakuierung anfordern, die medizinischen Einrichtungen der Militärs benutzen und sich in brenzligen Lagen in die deutschen Camps zurückziehen. Diese allerdings werden bis auf das Zentrallager in Masar-i-Scharif bis Ende des Jahres geschlossen.

Der Abzug treibt die Kosten der Entwicklungsarbeit in die Höhe. Für die Zeit



Bundeswehrosoldat (r.), afghanischer Partner, zerstörter Lkw nach Anschlag in der Provinz Baghlan: 2748 Opfer in den letzten vier Monaten

danach rechnen die Planer der GIZ mit Mehrkosten von knapp fünf Millionen Euro für zivile Flugtickets, medizinische Leistungen, sichere Unterbringungen für die Mitarbeiter in sogenannten Safe Houses und gepanzerte Fahrzeuge für Überlandfahrten.

In einer Analyse für das Entwicklungsministerium von Dirk Niebel (FDP) machten die Sicherheitsexperten der GIZ deutlich, wie sehr die Entwicklungshelfer auf Soldaten angewiesen sind. Wollte man die vielen deutschen Projekte weiter betreiben, so das Risk Management Office der Entwicklungsgesellschaft, müsse dringend „weiterhin auf die Unterstützung der Bundeswehr“ oder anderer Kampfeinheiten „zurückgegriffen werden“. In dem Papier wird sogar eine schriftliche Garantie für solche Nothilfe in einem neuen Afghanistan-Mandat angemahnt.

Eine Garantie für eine schnelle Evakuierung aus der Luft müsse genauso gewährleistet sein wie eine „bewaffnete Rückführung unter Feuer“, die nur durch „robuste Bodentreitkräfte“ erreicht werden könne.

Im Fall von Entführungen seien „Spezialfähigkeiten“ zwingend erforderlich, gemeint ist die Elitetruppe Kommando Spezialkräfte. Das klingt allerdings gar nicht nach dem bisher von der Bundesregierung geplanten Szenario einer reinen Ausbildungsmission für die weiterhin stationierten Soldaten.

Bekommt die GIZ nicht die nötigen Garantien, sieht es für die meisten Projekte düster aus. Ohne die Zusagen, so die Analyse der Sicherheitsabteilung, müsse man eine „geringere Operationsfähigkeit“ der Hilfsprojekte akzeptieren, da man eigentlich nur noch in Masar-i-Scharif aktiv sein könnte.

Der afghanische Präsident Karzai selbst hat mittlerweile seine ganz eigene Form der Diplomatie gegenüber dem ungeliebten Partner in Washington gefunden. US-amerikanische Regierungsbeamte staunten nicht schlecht, als sie kürzlich mit einer Zahlungsaufforderung aus dem Finanzministerium in Kabul konfrontiert wurden.

Für jeden aus dem Land zu schaffenden Abzugscontainer mit militärischem Gerät sollen die USA nun, so die Forderung der afghanischen Seite, 1000 Dollar Strafe zahlen, sofern die Papiere nicht ordnungsgemäß ausgefüllt sind. Die Kosten könnten sich auf bis zu 70 Millionen Dollar summieren.

Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, wählte Karzai den Weg der Erpressung: Er wies seine Zöllner an der Grenze zu Pakistan an, die Übergänge für amerikanische Transporte im Juli für sechs Tage geschlossen zu halten.

RALF BESTE, MATTHIAS GEBAUER,
GORDON REPINSKI, CHRISTOPH SCHULT



Politiker de Maizière, Guttenberg 2011*: *Selbstinszenierung mit großer Vehemenz*

KARRIEREN

Ausgedient

Verteidigungsminister Thomas de Maizière hat nicht nur die Öffentlichkeit mehrfach getäuscht. Er hat auch sein Image des preußischen Staatsdieners zerstört.

Ein hoher moralischer Anspruch ist in der Politik eine gefährliche Sache. Wer als besonders prinzipienfest, unbestechlich und hart gegen sich selbst gilt, hat die Wähler auf seiner Seite. Umgekehrt reagieren die Leute empfindlich, wenn der Anspruch durch die Wirklichkeit widerlegt wird. Was man einem Filou durchgehen lässt, kann bei einem Vorbild schnell die Karriere ruinieren.

Karl-Theodor zu Guttenberg wollte die deutsche Politik neu erfinden. Klarheit und Wahrheit waren seine Devise: Der CSU-Minister verweigerte Subventionen für die siechen Opel-Werke und entlarvte die Wehrpflicht als Folklore. Als herauskam, dass ausgerechnet der Musterminister bei seiner Doktorarbeit abgeschrieben

hatte, war er geliefert. Er verließ das Land und ist bis heute nicht zurückgekehrt.

Jetzt hat es Thomas de Maizière erwischt. Auch der neue Verteidigungsminister betrieb seine Selbstinszenierung mit großer Vehemenz. Er posierte als erster Diener seines Staates, als eine Art Wiedergeburt des Philosophenkönigs Friedrich II. De Maizière brachte preußische Ordnung in den Laden und sagte Sätze wie: „Im Dienst versuche ich immer, diszipliniert zu sein.“

Selbstlosigkeit, Härte, Pflichterfüllung – so wollte de Maizière Deutschland dienen, so empfahl er sich für Höheres. In der postheroischen Bundesrepublik war nicht mehr der schneidige Guttenberg, sondern sein korrekter Nachfolger der ideale Reservekanzler.

Diesen Mittwoch muss de Maizière dem Untersuchungsausschuss im Europa-saal des Berliner Paul-Löbe-Hauses Rede

* Nach Übergabe der Entlassungs- und Ernennungsurkunden zum Verteidigungsminister am 3. März in Schloss Bellevue.